



GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 45. 30. Jahrg.

9. Novemb. 1917.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- U. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3673.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion:
Adolf Dominick, Berlin N 24, Eisengrabenstr. 86-88 III. Redaktionsschluss: Montag. Telefon: Amt Nordost 4268. Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheidestr. 8-9.

Insertion. Für die viereckige Fettdruckzeile oder deren Raum 30 Fig., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Fig. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt:
Hauptteil: Sicherung unserer Kohlenversorgung. Rundschau. Marx und die Gewerkschaften. I. — **Allgemeines:** Eine Verordnung für Heimarbeiter. Schein oder Wirklichkeit. VI. Ortsbeiräte: Breslau. — Adressenänderungen. — Opfer des Krieges. — Anzeigen.

Sicherung unserer Kohlenversorgung.

Die Haushaltungskommission des preußischen Landtages hat nach dreitägigen vertraulichen Beratungen über die Kohlenversorgung der Bevölkerung Beschlüsse gefaßt, die erst nach einigen Wochen dem Plenum zur Entscheidung vorgelegt werden. Was wird sich während dieser Zeit ereignen? Ist es eine Übergangszeit zum Besseren oder Schlechteren?

Es ist sehr bedauerlich, daß der sozialdemokratische Antrag, die Kommissionsberatungen, generell nicht vertraulich zu halten, abgelehnt wurde. Der herausgekommene offizielle Bericht läßt nämlich sonderbarerweise die natürlichen Möglichkeiten unserer Kohlenversorgung ungünstiger erscheinen, als es den tatsächlichen Verhältnissen entspricht.

Der offizielle Bericht sagt, die deutsche Steinkohlenförderung sei nun wieder auf den Stand des letzten Friedensjahres, die Braunkohlenförderung sogar darüber hinaus gestiegen. Die Steinkohlenförderung belief sich damals auf 191,5, die Braunkohlenförderung auf 87,4 Millionen Tonnen. Zurzeit sind beide Förderungen zusammen höher wie 1913!

Warum müssen sehr weite Kreise des deutschen Volkes dennoch über starke Kohlennot klagen? Unsere inländischen Kohlenvorräte umfassen mehr als die Hälfte der gesamten europäischen, unsere gegenwärtige Förderung übersteigt das Quantum, welches gleichzeitig 1913 gewonnen wurde. Und damals wurden unerhört große Mengen unserer Kohlen, auch verarbeitet zu Koks und Briquets, exportiert, es wurden außerdem große Lager angehäuft, von einzelnen Werken allein je hunderttausende Tonnen! Warum kann jetzt ein gewaltiger Teil der Bevölkerung nicht einmal, kurz vor dem Winter, seinen notdürftigsten Bedarf an mineralischen Brennstoffen einkellern.

Gewiß, wir führen Kohlen in die verbündeten und neutralen Ländern aus. Das muß sein zur Aufrechterhaltung der Handelsbeziehungen mit diesen Ländern, auch um sie dem Gewaltdruck der Entente für eine kriegerische Aktion gegen uns zu entziehen. Wir begrüßen die Abkommen mit Holland, Schweden, der Schweiz; jedes Mittel zur Abwehr der Kriegsausbreitung wird von der Arbeiterschaft unterstützt, die wohl bewußt ist, daß wir Feinde übergenug in der Welt haben. Auch die Unterstützung der verbündeten Länder mit Kohlen entspricht der Vertragstreue, die wir hochgehalten wissen wollen. Gewiß, wir brauchen viel Kohle in dem besetzten Gebieten, um unsere Abwehrkraft aufrecht zu erhalten. Wer wollte nicht mit Freuden zustimmen, wenn es sich beispielsweise darum handelt, unseren Volksgenossen im Soldaten-

rock, die wieder vor den Unbilden eines Kriegswinters stehen, reichlich Heizmaterial zuzuführen, damit unsere Soldaten sich vor Kälte schützen können. Wenn es sich darum handelt, wird keiner von uns sich auch nur einen Augenblick bedenken, sich selbst bis zum Alleräußersten einzuschränken. Gern schaffen die Bergleute für die Aufrechterhaltung unserer Landesverteidigung.

Aber unsere Ausfuhr — sie betrug 1913 an Kohlen, Koks und Briquets zusammen gerechnet rund 44 Millionen Tonnen! — muß heute bedeutend geringer sein als im letzten Friedensjahr. In Belgien und Polen werden wieder ansehnliche Mengen für den Inlandsbedarf selbst gefördert; in Belgien 1916 bereits wieder 16 bis 17 Millionen Tonnen. Nehmen wir aber alles in allem, dann bleibt doch das Resultat übrig, daß weite Gebiete Deutschlands, hochwichtige Betriebe wie die Gas- und Elektrizitätswerke, ganz kümmerlich mit Kohlen versorgt sind, vielfach nur einige Tage oder höchstens Wochenvorräte an Kohlen haben — und das kurz vor dem Winter! Wie ist das zu erklären, da wir doch ein, erst recht im Vergleich zu anderen kriegführenden Ländern, ausgezeichnetes Förderungsergebnis zu verzeichnen haben?

Wenn auch zurzeit unsere Eisenbahnverwaltungen beim besten Willen noch nicht genügend Wagen zum Abtransport der vollen Förderungen stellen können, das war doch aber im ganzen Jahr nicht so und schon im Juli d. Js. erklärte Herr Helfferich im Reichstag, unsere Stein- und Braunkohlenförderung zusammen belaufe sich nun monatlich auf etwa 25 Millionen Tonnen, 1913 waren es etwa 24 Millionen Tonnen. Warum ist in der »stillen Zeit« nicht für Ansammlung von Brennstoffvorräten außerhalb der Gewinnungsgebiete gesorgt worden? Koks und andere Kohlenarten lassen sich sehr lange aufstapeln. Warum ist das nicht geschehen in den von Kohlenbezirken weit entfernten Landesteilen, als der Wagenmangel noch nicht drückend war?

Die Arbeiterschaft hat unter sehr erschwerten Verhältnissen schon im Sommer d. Js. eine der Friedensmenge sich stark nähernde Förderung herausgebracht. Der Versuch, diese fleißige Arbeiterschaft gemeingefährlicher Absichten zu beschuldigen, mußte Halt machen vor der Frage: »Wo sind die Beweise?« Diese Beweise sind nicht erbracht worden! Das starke Ansteigen der Förderung ist der bündigste Gegenbeweis. Woher also die durchaus nicht erst seit dem Einsetzen des Wagenmangels datierte Nichtversorgung großer Bevölkerungskreise mit mineralischen Brennstoffen?

Das liegt an der Verteilungsorganisation, an dem sträflichen Sichgehenlassen, bis endlich eine Zentralstelle geschaffen wurde, der die Herkulesarbeit übertragen worden ist, die Begehungs- und Unterlassungssünden jetzt weit zu machen, nun uns die Not auf den Nägeln brennt. Man hat eben das Verfügungsrecht über unsere Kohlenförderung nicht nur viel zu lange den privatkapitalistischen Interessenten über-

lassen, sondern deren Macht über unsere Brennstoffe außerordentlich erhöht.

Im bayerischen Landtag hat am 5. Oktober der Bauernführer Abg. Dr. Schlittenbauer, um nur diesen einen unverdächtigen Zeugen zu nennen — andere Redner sprachen ähnlich — die Gewalt der Kohlensyndikate in einer Weise geschildert, die durchaus bestätigt, was längst schon von sozialdemokratischer Seite über dieses hochernste Kapitel warnend vorausgesetzt wurde. Dieser Herr kam nach eingehender Schilderung der unhaltbaren Zustände in unserer Kohlenversorgung zu dem Schluß:

»Die eigentliche Macht liegt und bleibt dem, der die Ware hat, und das ist das Syndikat und die vom Syndikat belieferten Handelsfirmen, und alles andere ist und bleibt Papier, wenn man sich nicht die Macht über die Ware verschafft. . .«

Dr. Schlittenbauer konnten den von keinem Regierungsvertretern — es sprachen vier — bestrittenen Nachweis führen, daß die Kohlenverteilung faktisch nicht von dem Reichskommissar, dem durch Verordnung vom 24. Februar d. Js. die Verfügungsgewalt überall im deutschen Reiche gewonnenen Kohlen, Koks und Briquets übertragen ist, bestimmt wurde, sondern von den syndizierten Kohlenrubenbesitzern. Präziser gesprochen: er konstatierte, daß Vertreter des Reichskommissars in den Ausgleichstellen zugleich Syndikatsvertreter sind und als solche nach Anweisung der Syndikatsverwaltungen handeln:

»Das ist wiederum eine Erscheinung, der wir in der Kriegswirtschaft so häufig begegnen, daß die Vertrauensleute den Kriegsgesellschaften und der Reichsstellen zugleich Interessenten sind in der Sache, in der sie ihren Rat leihen sollen. Daher kann es vorkommen, daß der Herr heute unten als Kohlenkommissar etwas bestimmt, was er morgen als Syndikatsmensch ein Stockwerk höher in den Papierkorb wirft!«

So weit ist es schon mit der Auslieferung der Volksinteressen an die privatkapitalistischen Zedensyndikate gekommen, daß selbst ein Herr wie Dr. Schlittenbauer zu solcher Charakteristik gezwungen wird. Auf diese Herrschaft syndizierter Kohlenverkäufer führten es die Redner im bayerischen Landtag direkt zurück, daß weite Landesteile und Volkskreise »ohne Beziehungen« kläglich wenig oder gar keine Kohlen bekommen, während an andere Stellen reichlich geliefert wurde. Aus zahlreichen brieflichen und mündlichen Mitteilungen, die mir aus fast allen Volksschichten zugehen, muß ich entnehmen, daß es mit der Kohlenversorgung so steht wie mit der Nahrungsmittelversorgung: Wer »Beziehungen« hat und nicht auf ein paar Mark Geld zu sehen braucht, kann auch Kohlen hamstern, weit von der Gewinnungsstätte. Trostlos sieht es dagegen aus in den großstädtischen Massenquartieren, aber auch nicht minder bei der bäuerlichen Bevölkerung mit der Kohlenversorgung für den Winter. Hier sind zahlreiche Fälle bekannt geworden, wo die Haushaltungen das

ganze Jahr 1917 hindurch nur ganz winzige Kohlen- oder Brikkettmengen erhalten konnten, obgleich nicht immer auch ein nur annähernd dementsprechender Wagenmangel herrschte und, wie gesagt, die Förderung sich günstig entwickelte. Mit dem bloßen Hinweis auf den sehr verstärkten Bedarf der Rüstungsindustrie ist jene Kalamität keineswegs hinreichend erklärt, denn es sind auch bedeutende, sonst kohlenverbrauchende Gewerbe inzwischen ganz erheblich eingeschränkt, zahlreiche nicht kriegsnotige Betriebe stillgelegt.

Am 12. Juli 1915 schon erging eine Bundesratsverordnung, die der Reichsregierung, wie begründet gesagt wurde, zur Sicherstellung der kriegsnotigen Lieferungen das Recht gab, die Stein- und Braunkohlenwerke zwangsweise zu Lieferungs-genossenschaften zu syndizieren. Da war rechtzeitige Handhabe gegeben, auf die Kohlenversorgung der Bevölkerung unbedingt bestimmenden Einfluß zu nehmen. Das ist aber nicht geschehen, sondern die Verordnung hat dem preußischen Handels- und Gewerbeministerium dazu gedient, den rheinisch-westfälischen Kohlenherra ein Einheitsyndikat mit monopolischer Machtfülle zu verschaffen, dem der preußische Bergwerksfiskus als jetzt stärkster Beteiligter beigetreten ist. Von diesem Beitritt wurden uns gemeinwirtschaftliche Großtaten prophezeit, hunderte Millionen Mark Staatsvermögen sind ausgegeben worden (Hibernia!), um dem Fiskus die größte Beteiligungsziffer zu verschaffen. Nun ist er drin im Syndikat, nun hätte er zu beweisen, daß jene Riesensummen im Volksinteresse, wie gesagt wurde, ausgegeben worden seien. Und nun müssen auch bürgerliche Volkswirte zugeben, daß die Abhängigkeit unserer Kohlenversorgung von der Syndikatsmacht größer geworden ist als je zuvor.

Der Unterlassung der gemeinwirtschaftlichen Kohlenorganisation zu einer Zeit, wo sie noch reichlich Zeit hatte, sich auf kritische Zeiten einzurichten, verdanken wir die jetzigen Kohlenkalamität (trotz hoher Förderung). Wer die Vorgänge genauer verfolgt hat, der weiß, daß dem preußischen Handels- und Gewerbeministerium, dem auch die Bergbauwirtschaft des deutschen Bundesstaates, auf welchen 80 bis 90 Proz. unserer Kohlenförderung entfällt, unterstellt ist, die Hauptschuld für die Versäumnisse, ihm die Hauptverantwortung für die kritischen Ereignisse trifft! Das muß ausgesprochen werden, ohne Rücksicht auf Schulze oder Müller, deren persönliche Ehrenhaftigkeit garnicht in Frage steht. Hier lebt sich eine schon recht alte Tradition aus.

In diesem Ministerium ist die Hauptstütze des privatkapitalistischen Unternehmerstandpunkts zu erblicken. Das muß offen ausgesprochen werden, damit das nun auch unter Kohlennot leidende Volk weiß, woran es ist. Wird nun nicht in zwölfter Stunde mit rücksichtsloser Hand das schwer bedrohte Volksinteresse vor das private Unternehmerinteresse gestellt, dann werden die Kriegsnöte der breiten Volksmassen in einer Weise verschärft, die nicht durch unsere natürlichen Versorgungsmöglichkeiten begründet ist. Läge das im deutschen Interesse? Ganz gewiß nicht.

Otto Hue.

Rundschau.

Neue Teuerungszulagen für Buchdrucker. Ende Oktober hielt der Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker in Berlin eine viertägige Sitzung ab, in der zuerst über die tarifliche Lage berichtet und gesprochen wurde. Zwei Tage wahrte dann allein die Aussprache über die geltenden Teuerungszulagen und über den Antrag der Gehilfen auf Erhöhung derselben. Es wurde beschlossen, vom 26. November ab zu den im Mai d. Js. vom Tarifausschuß festgesetzten Teuerungszulagen folgende neue Teuerungszulagen zu bezahlen: In Orten bis 10 Proz. Lokalzuschlag für verheiratete Gehilfen ohne Rücksicht auf den Lohn wöchentlich 7,50 Mk., für ledige 6 Mk., bis 15 Proz. Lokalzuschlag an verheiratete 8,50 Mk., an ledige 7 Mk., bis 25 Proz. Lokalzuschlag an verheiratete 9,50 Mk., an ledige 8 Mk. Besondere Zulagen, die seit Mai an Gehilfen ge-

zahlt wurden, dürfen mit der heute festgesetzten Zulage verrechnet werden, falls solche Vorbehalte bei Bewilligung der Zulagen gemacht worden sind. Für Überstunden und Sonntagsarbeit gilt fortan nur ein Kriegszuschlag von 75 Proz. auf die im Tarif enthaltenen Entschädigungssätze. Als Überstunden sollen hinfort aber nur solche Arbeitsstunden gelten, die über die wöchentliche normale Stundenzahl hinausgehen. Durch besonderen Beschluß wurden eine Reihe Orte mit dem 1. April 1918 in eine höhere Lokalzuschlagklasse versetzt, wodurch für die in diesen Orten beschäftigten Gehilfen von demselben Termin ab, sich auch die Teuerungszulage erhöht. Für die Hilfsarbeiter sollen örtliche Verhandlungen über eventuelle Zulagen stattfindend Unter Berücksichtigung der enorm gestiegenen Herstellungskosten für Anfertigung von Drucksachen, soll ein Aufschlag von 100 Proz. auf die im Buchdruckpreistarif festgelegten Preise durchgeführt werden. Die Bedingungen für die Ausbildung und Beschäftigung von Ersatzkräften erhalten folgende Abänderung: Die Ausbildungszeit beträgt von jetzt ab ohne Probezeit 26 statt 19 Wochen. Zum Schluß einigten sich beide Parteien über eine durch den Tarifausschuß herauszugebende Eingabe an die Reichsregierung: dem Papiermangel zur Sicherung des jetzt schon schwer darniederliegenden Buchdruckgewerbes durchgreifender als bisher abzuhehlen. —

Marx und die Gewerkschaften.

I.

In der »Neuen Zeit« handelt unser Kollege H. Müller die Stellung Karl Marx zur Gewerkschaftsbewegung. Bei der grundlegenden theoretischen Bedeutung dieser Ausführungen für die Beurteilung vieler, jetzt besonders lebhaften Streitigkeiten, werden Kollegen, die Interesse für volkswirtschaftliche Fragen haben, diesen Aufsatz sicher nicht ohne Gewinn lesen. Die Redaktion.

Noch wenige Monate vor dem Erlaß des Sozialistengesetzes, am 5. Juni 1878, gestand der »Vorwärts«, das damals in Leipzig erscheinende Zentralorgan der sozialistischen Arbeiterpartei, der Vorwurf sei nicht ganz unbegründet, daß die deutsche Sozialdemokratie zum großen Teil die Gewerkschaftsbewegung nicht verstände; höre man doch nicht selten die Äußerung, die Gewerkschaften seien, soweit überhaupt nötig, lediglich ein notwendiges Übel, sie dürften deshalb nur als ein Anhängsel der politischen Bewegung geduldet werden, als Rekrutierungsfeld der Sozialdemokratie.

Wer die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung kennt, wird zugeben, daß der »Vorwärts« damit die damalige Bewertung der Gewerkschaften innerhalb der Partei richtig kennzeichnete. Es war in der Tat so. Nur wenige Sozialdemokraten erkannten die steigende Bedeutung der Gewerkschaften; die meisten standen ihnen mißtrauisch gegenüber. Diese Ansicht hatte natürlich ihre Ursachen. Da die Gewerkschaften nur schwach waren, konnte sie nicht der Furcht entspringen, der stärkere und ältere Teil der Arbeiterbewegung, die politische Partei, könne durch die gewerkschaftliche Bewegung zurückgedrängt werden. Andere Gründe mußten vorliegen, und diese sind zu finden in der damals in der Partei herrschenden Lehre Lassalles. Der große Agitator, zu dem die Partei in Verehrung emporschaute, hatte für die Gewerkschaften nichts übrig. Wenn er sich über sie äußerte, geschah es in absprechendem Sinne und seine großen und kleinen Schüler hätten sich etwas vergeben, wenn sie eine andere Meinung vertreten hätten.

So sehr es bestritten worden ist, so richtig ist, daß der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, die Schöpfung Lassalles, einen sektenhaften Charakter hatte. Lassalle hat ihm diesen nicht aufprägen wollen, aber seine scharf umrissene Lehre drängte die neue Partei in einen geschlossenen Kreis, aus dem sie nicht heraus konnte und innerhalb dessen es keine eigentliche Entwicklung gab. Sein vom unveränderlichen »ehernen Lohngesetz« ausgehender Vorschlag, durch Errichtung von Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe die Arbeiter zu ihren eigenen Unternehmern zu machen, erschien als »der einzige Weg aus der Wüste«. Um diesen Weg zu finden, gab es aber nur einen Richtungspunkt: das allgemeine und direkte Wahlrecht. Auf diesen Punkt mußte daher alle Kraft konzentriert werden. »Blicken Sie nicht nach rechts noch links, seien Sie taub für alles, was nicht allgemeines und direktes Wahlrecht heißt. ...«

Diese Lehre, die er mit starker Wucht in die Hirne seiner Anhänger hineinhämmert, war recht einfach. Es war nicht schwer, sie zu begreifen. Und wer sie verstand, der besaß zugleich ein unfehlbares Mittel, wie er »ein für allemal Täuschungen und Irrführungen entgegen« konnte. Er brauchte nur jedem, der von der Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes sprach, die Frage vorzulegen, ob er das eherner Lohngesetz anerkannte oder nicht, und aus der Antwort ergab sich dann, ob der Betreffende die Arbeiter täuschen wollte oder aber von der klüglichen Unfernhaltung in der nationalökonomischen Wissenschaft, also ein »leerer Schwätzer« war.

Lassalle konnte nur zu kurze Zeit wirken, um seinen Verein aus dem engen Kreis, den er um ihn gezogen hatte, hinausführen zu können. Seine Lehre erstarrte zu einem Dogma. Nicht nur seine Lehre, auch die von ihm geschaffene Form des

Vereins. Die Organisation wurde zu etwas Heiligem, Unantastbarem, und wer daran rüttelte, der verlegnete Lassalle. War es ein Wunder, daß sich die Lassalleaner so verrannt, daß sie sich selbst für unfehlbar erklärten? »Weshalb aber sind wir so begeistert, so energisch, ja weshalb sind die Lassalleaner fast alle von einem glühenden Fanatismus besetzt? Weil die Lehre Lassalles eine unfehlbare ist und weil die Lassalleaner, wenn sie dieselbe verkündigen, in dieser Hinsicht sich selbst für unfehlbar halten müssen. Die Lehre Lassalles ist die einzig wahre; sie ist unfehlbar, und der Glaube daran versetzt Berge.«¹⁾

Mit der Lehre Lassalles vertrugen sich gewerkschaftliche Ideen absolut nicht. Gewerkschaftliche Arbeit und ehernes Lohngesetz schlossen sich gewissermaßen aus. Lassalle selbst hat daraus gar kein Hehl gemacht. In seiner Ronsdorfer Rede sagte er den Arbeitern, daß die Gewerkschaften »nur in wenigen und flüchtig vorübergehenden Ausnahmefällen gewissen Arbeiterkreisen eine Erleichterung bringen, niemals aber eine wirkliche Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes herbeiführen« könnten. Und im Bastiat-Schulze fügte er der Darlegung, wonach der Arbeiter in gesellschaftlicher Hinsicht zur Sache geworden sei die Anmerkung hinzu: »Aus dieser gesellschaftlichen Lage gibt es daher auf gesellschaftlichem Wege keinen Ausweg. Die vergeblichen Anstrengungen der Sache, sich als Mensch gebärden zu wollen, sind die englischen Streiks, deren trauriger Ausgang bekannt ist.«

So wenig wie Lassalle die damaligen Versuche der Arbeiter, sich gewerkschaftlich zu organisieren, unterstützte, so wenig hatten seine Nachfolger Verständnis für die Gewerkschaften. Dem steht auch nicht entgegen, daß Schweitzer und Fritzsche durch den Arbeiterkongreß, den sie auf den 26. September 1868 nach Berlin einberiefen, weitere Berrufe als die, die sich bis dahin schon Gewerkschaften gegründet hatten, dafür interessierten und dort der eigenartige Bau aufgerichtet wurde, der als der Allgemeine Deutsche Arbeiterschäftsverband, zusammengesetzt aus den verschiedenen »Arbeiterschäften« — der Name Gewerkschaft erschien dem Kongreß zu zünftlerisch, weshalb dieser Name gewählt wurde — bekannt ist. Schweitzer und Fritzsche, die beiden Lassalleschen Führer, gehörten dabei keinem inneren, sondern einem äußeren Drange.

Es wiederholte sich hier im allgemeinen, was sich 1865 bei den Tabakarbeitern im besonderen ereignet hatte. Noch im Sommer 1865 hielt Fritzsche den streikenden Strumpfwirkern in Apolda eine scharfe Rede gegen die Arbeitseinstellungen überhaupt, in der er allein der politischen Tätigkeit Wert beimaß. Einige Monate darauf half er aber schon den Tabakarbeiterverband gründen, weil er einsah, daß aller verneinenden Theorie zum Trotz sich seine Kollegen doch zu einem Verband zusammenfinden würden. Ähnlich erging es Schweitzer. Als Redakteur des »Sozialdemokrat« hat er sich jahrelang bemüht, den Arbeitern einzureden, daß die Gewerkschaften zwecklos seien, mußte aber trotzdem sehen, daß sich ein Beruf nach dem anderen ansdickte, sich zu organisieren. Er mußte einsehen lernen, daß es vergeblich sei, gegen diese Gründung zu eifern, und als er schließlich sogar Kenntnis von dem Plane Liebknechts und Bebel's erhielt, auf dem Vereinstag der Arbeiterbildungsvereine in Nürnberg am 5. September 1868 die Gründung von Gewerkschaften anzuregen, da wußte er, daß er keine Zeit mehr zu verlieren hatte, daß, wenn sein Verein weiter der Mittelpunkt der deutschen Arbeiterbewegung bleiben sollte, er seinen Gegnern zuvorkommen und selbst Gewerkschaften gründen mußte.²⁾ Mit der ihm eigenen Energie verfolgte er dann diesen Plan; und als die Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Hamburg ihm nicht zustimmte, da verschaftte er sich freie Hand durch die Drohung, sein Amt als Präsident niederzulegen und aus dem Verein auszutreten. Aber bei alledem war es ihm nicht um die Förderung der gewerkschaftlichen Ideen zu tun; er wußte, er konnte die Gründung von Gewerkschaften nicht verhindern, und so zog er vor, sich selbst an ihre Spitze zu stellen, um sie der politischen Bewegung dienbar zu machen.

Ganz allein darauf kam es ihm an. Wiederholt hat er es ausgesprochen, wie er auch ehrlich genug war, den Arbeitern niemals zu versprechen, daß sie durch gewerkschaftliche Kämpfe ihre Lage nennenswert verbessern könnten. Er blieb in dieser Beziehung ganz und gar Lassalleaner, von vornherein rechnete er mit der schließlichen Ergebnislosigkeit der Streiks. Was er davon erwartete, war lediglich eine Stärkung des Klassenbewußtseins und damit eine Kräftigung der politischen Bewegung. So wurde er der Vater der Ideen, die der »Vorwärts« in seinem eingangs erwähnten Artikel bekämpfte. Solange es in Deutschland eine geschlossene Bewegung der Lassalleaner gab, so lange herrschte bei ihnen die den Gewerkschaften

1) »Neuer Sozialdemokrat« Nr. 66 vom 12. Juni 1872.

2) Daß Pläne des Dr. Max Hirsch oder der Fortschrittspartei das Verhalten Schweitzer nicht beeinflussen, glaube ich in meiner Allgemeinen Gewerkschaftsgeschichte, I. Teil von: »Die Organisationen der Lithographen, Steindruckere und verwandten Berufe«, nachgewiesen zu haben. Berlin N 24, Verlag von Otto Müller, Kommissionsverlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis 15 Mark, für Verbandsmitglieder 5 Mk.

ungünstige Stimmung, die ihren schärfsten Ausdruck in dem Beschluß der Generalversammlung vom Mai 1872 fand, die Gewerkschaften aufzulösen. Dieser Beschluß wurde zwar später revidiert, doch auch wiederum nur deshalb, weil sich aller Theorie und allen Beschlüssen zum Trotz die Gewerkschaften aufrechterhielten. Der Einfluß der Lassalleaner verschwand um so weniger mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, als sich auch im Lager der »Eisenacher« sehr viele Lassalleaner befanden und weil die Lassalleschen Broschüren noch lange Jahre die gelesensten aller sozialdemokratischen Schriften blieben.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Eine Verordnung für Heimarbeiter.

Das Hausarbeitsgesetz ist seit dem 1. April 1912 in Kraft. Seine Wirkung war allerdings herzlich gering. Aber es war ja auch noch gar nicht vollständig. Jetzt endlich sind zwei der wichtigsten Paragraphen dieses Gesetzes, die §§ 3 und 4, die bisher noch nicht Gesetzeskraft erlangt hatten, durch den Bundesrat ebenfalls in Kraft gesetzt worden.

In allen den Industrien, wo Massenherstellung gleichartiger Waren durch Heimarbeiter bewerkstelligt wird, können diese beiden Bestimmungen für die Besserungsarbeit der Gewerkschaften recht brauchbare Dienste leisten. Damit dürfte es nach und nach gelingen, der häufig rein willkürlichen, regellosen Herunterdrückung der Löhne der Heimarbeiter in etwas Einhalt zu tun. Die in den beiden neuen Paragraphen vorgeschlagene Pflicht der Arbeitgeber, die Arbeit an Hausarbeiter vergeben, Lohnverzeichnisse und Lohn tafeln offen in Arbeitsräumen zum Aushang zu bringen, gibt jedem Heimarbeiter und jeder Heimarbeiterin die Möglichkeit, sich genauer als bisher über die tatsächlich gezahlten Preise für die Arbeit zu orientieren.

Denn in der meist völligen Ahnungslosigkeit des Heimararbeitenden lag ja der Hauptgrund für die Möglichkeit, die Preise für die Arbeiten ständig herabdrücken zu können. Nur zu häufig wurde doch jedem der Heimararbeitenden ein anderes Märchen erzählt, jeder stand ohnmächtig den Behauptungen seines Arbeitgebers gegenüber, weil die gegenseitige Verständigung unter den Heimararbeitenden meist völlig fehlte. Durch das Aushängen der Lohn tafeln ist den schlimmsten Flunkereien habgieriger Arbeitgeber ein Riegel vorgeschoben. In Verbindung mit dem folgenden § 4, der den Arbeitgeber verpflichtet, Lohnbücher und Arbeitszettel den Heimararbeitenden zu liefern, in denen Art und Umfang der Arbeit, die dafür gezahlten Löhne oder Preise enthalten sein müssen, ist eine erfreuliche Nachkontrolle für die Heimarbeiter möglich.

Wir fügen die beiden §§ im Wortlaut an:

§ 3. In denjenigen Räumen, in welchen Arbeit für Hausarbeiter ausgegeben oder Arbeit solcher Personen abgegeben wird, muß, soweit es sich nicht um Werkstätten der im § 1 Abs. 1 Satz 2 bezeichneten Art handelt, den Hausarbeitern durch offene Auslage von Lohnverzeichnissen oder Aushängen von Lohn tafeln die Möglichkeit gegeben sein, sich über die für die einzelnen in diesen Räumen zur Ausgab gelangenden Arbeiten jeweilig gezahlten Löhne zu unterrichten. Für das Ausarbeiten neuer Muster gilt diese Bestimmung nicht.

Der Bundesrat kann zur Ausführung dieser Bestimmung nähere Anordnungen erlassen, gegebenenfalls für einzelne Bezirke. Er kann für bestimmte Gewerbe zweige oder Betriebsarten auf Antrag Beteiligter Ausnahmen gewähren.

Der Bundesrat kann vorschreiben, daß, soweit das Arbeitsentgelt in Preisen zum Ausdruck kommt, die Preise gemäß Abs. 1, 2 bekanntgegeben werden.

Die Bestimmungen des Bundesrats werden durch das Reichsgesetzblatt veröffentlicht und dem Reichstag zur Kenntnisnahme vorgelegt.

§ 4. Wer Arbeit für Hausarbeiter aus gibt, ist, soweit nicht die Ausgab in Werkstätten der im § 1 Abs. 1 Satz 2 bezeichneten Art stattfindet, verpflichtet, hierbei denjenigen, welche die Arbeit entgegennehmen, auf seine Kosten Lohnbücher oder Arbeitszettel auszuhändigen, welche Art und Umfang der Arbeit sowie die dafür festgesetzten Löhne oder Preise enthalten. Für das Ausarbeiten neuer Muster gilt diese Bestimmung nicht.

Für einzelne Gewerbe zweige, Betriebsarten oder besondere Gruppen von Betrieben oder Hausarbeitern kann der Bundesrat auf Antrag Beteiligter Ausnahmen gewähren.

Soweit der Bundesrat auf Grund von § 114 a der Gewerbeordnung Lohnbücher oder Arbeitszettel vorgeschrieben hat, gelten die Vorschriften der Abs. 1, 2 nicht.

Genossin Gertrud Hanna sagt zu dem Inkrafttreten dieser Bestimmungen:

»Diese Mitteilung wird alle mit den Verhältnissen in der Heimarbeit vertrauten Personen mit Freude erfüllen. Ist doch der Ruf nach Inkrafttreten dieser Bestimmungen nie verstummt. Er wurde überall

erhoben, wo die Lage der Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen von sachverständigen Leuten besprochen wurde.

Als das Hausarbeitsgesetz nach jahrelangen Reichstagsverhandlungen endlich am 20. Dezember 1911 zur Annahme gelangt war, war man sich darüber einig, daß nennenswerte Vorteile für die in der Heimarbeit tätigen Personen nicht heraus springen. —

Und dann zu der jetzigen Bekanntgabe der beiden Paragraphen 3 und 4: »Das ist nunmehr durch kaiserliche Verordnung herbeigeführt. Viel ist allerdings für die Lohnfrage der Heimarbeiter damit noch nicht getan. Aber der Weg ist doch ebnen, um in der Heimarbeit gewissermaßen zu einer Art Mindestentlohnung zu kommen. Damit wäre wenigstens ein Schritt nach vorwärts getan. Nirgends herrscht bekanntlich in der Entlohnung ein so großes Durcheinander wie in der Heimarbeit. In Betrieben können sich die arbeitenden Personen über die Preise, die gezahlt werden, leicht verständigen. Da ist es nicht möglich, daß die Bezahlung verschiednen hoch ist. In der Heimindustrie, wo die Arbeitenden recht häufig einander nicht kennen und keinerlei Verbindungen miteinander haben, läßt sich unterschiedliche Bezahlung leicht durchsetzen. Umfragen haben, denn auch ergeben, daß an einem Ort Unterschiede in der Bezahlung um das Zehnfache vorhanden waren. Wissen die arbeitenden Personen, was sie zu beanspruchen haben, können Preisdrückungen auf Grund von Unterbietungen nicht mehr so leicht vorkommen. Aus den offen ausliegenden Lohnverzeichnissen, aushängenden Lohn tafeln oder aus den Lohnbüchern können sich die Arbeit nehmenden Personen jederzeit leicht über die Lohnhöhe informieren.«

Für unsere Kollegen bringen diese neuen Bestimmungen leider nur wenig greifbare Vorteile. Die Heimarbeit in unserem Gewerbe wird nur selten unter diese Bestimmungen fallen, weil eine Gleichartigkeit der Muster im allgemeinen nicht vorhanden ist. Und doch muß es gelingen manche Merkantilarbeit, Karten, Etiketten, aber auch Postkarten in Autodrom oder Merkantil unter diese Bestimmungen zu bringen. Es wird die Aufgabe unserer örtlichen Verwaltungen sein, auch für unsere Kollegen die Vorteile der neuen Paragraphen auszunutzen. Dazu gehört allerdings genaue Bekanntheit mit den tatsächlich ausgeführten Arbeiten. Das kann wieder nur von Fall zu Fall am Orte selbst geschehen.

Ein Gesetz an sich ist ein totes Stück Papier. Erst wenn bestehende Rechte auch tatsächlich ausgenutzt werden, bringen sie den Beteiligten wirklichen Gewinn.

Schein oder Wirklichkeit.

Nachdem einige Wochen kein Kollege sich zu diesem Thema meldete, meinten wir ganz bestimmt, die Diskussion habe sich erschöpft. Darum glaubten wir mit der Wiedergabe unserer eigenen Auffassung die Aussprache beschließen zu können. Weil uns nicht im entferntesten der Gedanke kam, irgend eine Meinungsäußerung unterdrücken zu wollen, nehmen wir uns lieber auch noch die beiden heute vorliegenden Aufsätze in dieser und der nächsten Nummer an. Das rechtfertigt sich umso mehr, als diesmal wieder beide entgegenge setzte Ansichten darin zu Worte kommen. Die Redaktion.

Liest man den Artikel »Schein oder Wirklichkeit« seine Entgegnung »Wirklichkeit« und dann die weitere Polemik des Kollegen F. K., so kann man aus beiden einen guten Kern schälen, beide scheinen in ihrer Art Recht zu haben. Aus dem zweiten Artikel des Kollegen F. K. greife ich nur den einen Satz heraus: »Die Unterlage für eine solche Verständigung (des Mitgliederwillens und der Maßnahmen der Verwaltungsinstanzen des Verbandes) ist aber das grundsätzliche Recht aller nicht der Durchführung des Statuts dienenden Beschlüsse des Hauptvorstandes . . . zu genehmigen oder abzulehnen.« Mit anderen Worten erachtet es Kollege F. K. für nötig, neben den Verwaltungsorganen ein Organ zu schaffen, das alle Beschlüsse, die nicht nur ausführender Art sind, mitbestimmt.

Dies ist der gute Kern, den es zu prüfen gilt.

Grundsätzlich stimme ich hier Kollegen F. K. bei. Auch dem Gedanken, daß diese Körperschaft von der eigentlichen Verwaltungstätigkeit frei bleiben muß und auf breiter Grundlage aufzubauen ist. Nebensache ist es, ob in kleineren Zahlstellen ein eigentliches Vertrauensmännersystem vorhanden ist.

Es ist eine nicht abzustreitende Tatsache, daß oft Beschlüsse, besonders der Lokalverwaltungen in den Mitgliederkreisen nicht verstanden und deshalb mißbilligt werden, trotz allem Für und Wider. Die tieferen Ursachen des Zwiespaltes liegen nicht in der Einmurgung der Tätigkeit der Mitglieder durch das geringe Erreichte der Führer und der Gleichgültigkeit und Unzuverlässigkeit großer Teile der Arbeiterschaft, sondern das Erreichbare der Führer wird durch die Gleichgültigkeit und Unzuverlässigkeit großer Teile der Arbeiterschaft eingeschränkt. Darin liegt auch zugleich der Gegensatz der Führer zu den Massen.

Das Interesse der Führer erheischt es, größtmögliche Massen zu vereinen, die Erfolge ihrer Tätigkeit möglichst in der Breite auszudehnen, möglichst alles meidend, was Mitgliederverluste bringt. Da wird bei Beschlüssen Rücksicht auf die Schwankenden genommen, denn die Feststehenden sind sicher — wenn auch unbefriedigt. Gleichzeitig

müssen die Führer auf einen guten Kassenstand bedacht sein, als den Ausdruck der verfügbaren Machtmittel. Die fortschrittlichen Elemente drängen zum gewerkschaftlichen Kampf. Dies erfordert Geld. Allzu hohe Beiträge hemmen die Agitation, während Erfolge der Gewerkschaft sie fördert. Bei diesen Gegensätzen ist es nur allzu verständlich, wenn sich die Führer mit Augenblickserfolgen oder auch mit Scheinerfolgen begnügen, die wiederum Unwillen gerade bei den geduldeten Mitgliedern erregen, wie auch man die Mittel und Wege von ihnen nicht verstanden werden, da sie noch nicht bis zur »Führerweisheit« vorgedrungen sind. Als Beweis nur ein Satz des Kollegen j. h.: »Die größte Gefahr würde aber durch die Rückkehr zur Verhandlung auf offenem Markt entstehen. Die Entwicklung geht in umgekehrter Richtung.« Ich bin Ketzler genug, um auf die »Erfolge« der Völkdiplomatie hinzuweisen und habe noch bei jeder Geheimverhandlung das Empfinden, daß die Außenstehenden verkauft werden. Als Ergänzung der Satz des Kollegen j. h.: »Durch das Mitbestimmungsrecht der Vertrauensleute würde es sehr wahrscheinlich überhaupt keine Unternehmerorganisation geben, die mit uns Verträge abschließt.« Diese beiden Sätze sprechen für sich selbst, doch dieser Geist ist derselbe Geist, der aus den oberen Gewerkschaftsregionen weht, der so viel Mißtrauen in den Kreisen der Massen erregt; ich meine nicht speziell unsere Gewerkschaft.

Die Gewerkschaftsverwaltungen haben natürlich alles Interesse daran, möglichst unbehindert zu disponieren, je unbehinderter, desto eher Aussicht auf Erfolge, ob wirkliche oder Scheinerfolge, ist hier gleich; die Mitglieder haben nur Interesse an Dauererfolgen, diese können nur durch allseitiges Vertrauen erreicht werden. Durch Geheimverhandlungen, Augenblickserfolge wird das Vertrauen der Mitglieder erschüttert, es tritt Verfall der Macht von innen heraus ein, die äußerliche Machtzuwachs nicht aufwiegt. Da dieser Zustand bei uns schon eingetreten ist, wage ich nicht zu behaupten, doch ihn verhindern, soll unser Bestreben sein, deshalb der Ruf nach einem verantwortlichen und beschlußfähigen Vertrauensmännerkörper.

»Was wir . . . brauchen, ist ein reges geistiges Leben . . . und keine Experimente«, so Kollege jh.

Man meint, einen Junghegelianer zu hören, aber keinen von marxistischem Geiste, welcher letzterer bekanntlich den Ausspruch tat: Die Philosophen haben die Welt nur verschiednen interpretiert, es gilt jedoch, sie zu verändern. Und doch steckt im ersten Teil des zitierten Satzes vom Kollegen jh. leider nur allzu viel Wahrheit, und dies ist der gute Kern seiner Ausführungen. Uns fehlt viel am Drange nach Wissen. Manche Maßnahmen der Verwaltungen würde besser verstanden, manche andere könnte unterbleiben, wieder andere zur Ausführung kommen, die aus Mitgliederkreisen heraus kommt. Hier müsse die zweite Haupttätigkeit der Vertrauensmänner einsetzen. Wir können nichts dazu tun, wenn infolge schlechter wirtschaftlicher Lage Kämpfe erfolglos bleiben, doch können wir unsere Kräfte stärken durch Stärkung des Klassenbewußtseins, durch Pflege der Sozialwissenschaften, durch Studium der Sozialpolitik. Nicht bewußtlose Gewerkschaftsdisziplin den Führern gegenüber, sondern organisierter selbstbewußter zäher Kampf wird uns dauernde Erfolge sichern.

Die Förderung des Wissens und des Klassenbewußtseins müsse auch ohnehin zu jeder Zeit in unseren Kollegenkreisen gepflegt werden, warum wir dies gerade nötig haben, dies zu erörtern bietet sich vielleicht ein anderesmal Gelegenheit an dieser Stelle. H. S.

Ortsberichte.

Breslau. Die hiesige Zahlstelle hielt am 23. Oktober eine Quartals-Versammlung ab, in der vor Eingang in die Tagesordnung eine Ehrung derjenigen Kollegen, die auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken, stattfand. Der Vorsitzende Kollege Luckowitz gedachte bei Überreichung der Diplome der vorbildlichen Überzeugungstreue der Jubilare und spornete die Kollegen an, im Sinne dieser Kollegen unentwegt für die Ideale unseres Verbandes weiter zu arbeiten. — Nachdem die Quartalsabrechnung verlesen und die Genehmigung der Versammlung fand, hielt Kollege Formann einen Vortrag über die Entwicklung unseres Berufes in den letzten 50 Jahren. In der Einleitung mit kurzen Worten auf die Erfindung unseres Altmeisters eingehend, erklärte Redner, daß man die technische Entwicklung unseres Gewerbes in 3 Zeitabschnitte einteilen könne. Das Wirken Senefelders selbst und darüber hinaus bis in die fünfziger Jahre sei die schwarze Zeit. Obwohl auch in dieser Zeit Farbendrucke angefertigt wurden, so sind sie doch mit den mosaikartig nebeneinander gearbeiteten Farbenplatten als Farbendrucke in unserem Sinne anzusprechen. Die rasche Entwicklung der Gravur-, Feder- und Kreidetechnik ermöglichte es den bedeutenderen kunstliebenden Anstalten Süddeutschlands sich Aufträge in großer Zahl zu sichern, und gaben neben vielen anderen besonders Münchener Anstalten künstlerisch bedeutende Reproduktionen von Museumsschätzen heraus. Die merkanillen und geographischen Darstellungen fanden zu damaliger Zeit nur ein kleineres Feld.

Selbst große Handelshäuser bestellten ihre Formulare, da das Briefporto sehr hoch, nur in wenigen Hunderten, es wurde aber trotzdem ein guter Verdienst erzielt. Die zu Anfang der sechziger Jahre in Schwung kommende Photographie und der durch geniale Künstler geförderte Holzschnitt setzten unserem Gewerbe hart zu und haben wir es den schaffensfrohen, genialen Berufsgenossen zu danken, daß sie durch Einführung des Farbendrucks unsere Kunst nicht auf ein totes Feld geraten ließen. Damit begann der zweite Zeitabschnitt. Wenn man auch in der ersten Zeit des Farbendrucks ohne Normalskala experimentierte und mandmal mehrere Hilfsplatten aufdruckte, so erwies sich alsbald das Ausland bei guten Verkaufspreisen für diese Erzeugnisse als sehr aufnahmefähig. Berliner, Leipziger und süddeutsche Anstalten wetteiferten miteinander in der Verbesserung der Technik, die Auflagen wurden vom Umdruckstein hergestellt und es herrschte neues, schaffensfreudiges Leben in unserm Gewerbe. Wenn auch viele Druckereien die Zahl ihrer Handpressen verdoppelten, in großen Geschäften bis 100 Handpressen arbeiteten, so war man trotzdem nicht imstande, der Nachfrage Herr zu werden. Die Zeit der Schnellpresse war gekommen. Schon in den fünfziger Jahren befaßten sich unbekannt gebliebene Konstrukteure mit dem Bau von Schnellpressen und erstellte manches Modell ein halbvergessenes Dasein, bis 1865 unsere Berufsgenossen die Gewißheit erhielten, daß es den beiden Franzosen Voinir und Dupuy, letzterem unter Assistenz der beiden deutschen Maschinenbauer Faber und Schleicher gelungen war, eine brauchbare Steindruckmaschine herzustellen. Durch die Massenerzeugung nahm das Gewerbe einen großen Aufschwung und wurde die Sorge manches älteren

Steindruckkollegen um seine Existenz dadurch hingeführt. Nach dem Kriege von 1870/71 nahmen Faber und Schleicher in Offenbach ihre Bautätigkeit selbständig auf, auch die Buchdruck-Maschinen-Fabriken sorgten dafür, daß Mitte der achtziger Jahre in den meisten Firmen Deutschlands Schnellpressen liefen.

Infolge der hohen Zölle ließen in einigen Jahren die ausländischen Aufträge nach und auch die Postkarte belebte den Markt nur vorübergehend. Der Dreifarben-Buchdruck und der farbige Lichtdruck brachen zu dieser Zeit unser Gewerbe zu bedrängen und war es nur durch rastlose Verbesserung des des Metalldrucks, der Einführung des Offsetdrucks und der Erfindung der photographischen Übertragung möglich, das Gleichgewicht wieder herzustellen. Und mit dieser Zeit trat der dritte Zeitabschnitt in der Entwicklung unseres Berufes in Erscheinung. Mit dem Wunsche, daß es allen heimkehrenden Kollegen beschieden sein möchte, in unserem Gewerbe ein auskömmliches Unterkommen zu finden schloß der Vortrag.

Zum Punkt »Kartellbericht« referierte Kollege Globig über die Kohlenversorgung und die Zusammenlegung der Krankenkassen. Die warnende Erklärung und persönliche Verhandlung des Kartells mit dem Magistrat haben Erfolg gehabt und besteht die Hoffnung, daß die unleidlichen Zustände in der Kohlenversorgung im kommenden Winter vermieden werden. Außerdem berichtete Redner, daß die Krankenversicherung Breslaus durch die Zusammenlegung der Kassen am 1. Januar 1918 ein einheitliches Bild bieten wird, was für die Arbeiterschaft nur von großem Nutzen sein kann. Die Weigerung einiger kleiner Kassen, bedauerlicherweise auch der Steindrucker-Kasse, an der Ver-

schmelzung teilzunehmen, dürfe nicht maßgebend sein und sei Aufklärung sehr von nöten. — Endlich mußte sich auch die Versammlung über die Unterstützung unserer Feldgrauen zu Weihnachten schlüssig werden. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß trotz der schweren Zeiten es eine einfache Dankespflicht der heimgebliebenen Kollegen sein müsse, unseren eingezogenen Kollegen, die wiederum die Entbehrungen des vierten Kriegswinters ertragen müßten, eine kleine Weihnachtsfreude zu bereiten. Es wurde beschlossen, 6 Wochen lang einen Extrabeitrag von wöchentlich 1 Mark zu zahlen und den fehlenden Betrag aus der Lokalkasse zu decken, um unsere 100 Feldgrauen in demselben Maße wie in den früheren Jahren zu bedenken. Hierauf Schluß der Versammlung.

Adressen-Änderungen.

1. Nachtrag zum Adressen-Verzeichnis der Auskunftserteiler (siehe Graphische Presse Nr. 43).

Zur Beachtung! Jede Adressenänderung ist sofort an den Hauptvorstand, Adresse: Otto Sillier, Berlin N. 24, Elsaßstraße 86-88, III zu berichten.

Dessau: Franz Gehre, Tivoli-Säle, Amalienstr.

Frankfurt a. Oder: Max Huebner, Roßstr. 8. i.

Hanau a. M.: Friedr. Schnellbacher, Mühlstr. 2 a.

Meißen i. Sachs.: Arnold Pohl, Meißen i. Sachs., rechts, Friedrich-Auguststr. 37, II.

Preß-Kommission:

Max Goldhagen, Vorsitzender, Leipzig-Gohlis, Plautzstraße 25, II.

Gau-Vorstände:

Gau X, Stuttgart: Gottlob Kieß, Stuttgart-Heslach, Gebelsbergstr. 103.

Opfer des Krieges.

Tote:

1914.

Kollege **Alfred Schmidt**, Chemigraph aus Leipzig, geb. am 16. Dezember 1893, Mitglied seit April 1912 (vorher in der Lehrabteilung seit 2. Juli 1909), ist schon am 8. September 1914 gefallen.

1916.

Kollege **Jakob Frantzen**, Steindrucker aus Solingen, geb. am 12. Oktober 1895, Mitglied seit März 1914 (vorher in der Lehrabteilung seit 1910), ist bereits am 23. März 1916 gefallen; bisher galt er als vermißt.

Kollege **Isidor Kiffe**, Steindrucker, zuletzt in Hirschberg i. Schl., geb. am 13. November 1885 in Gr. Kunzendorf, Oster. Schles., Mitglied seit 1909, fand seinen Tod am 24. Oktober 1916; — war bisher als vermißt gemeldet.

1917.

Kollege **Hans Hierer**, Steindrucker, zuletzt in Aschersleben, geb. am 10. Juni 1880 in München, Mitglied seit August 1898, ist am 13. März 1917 in russischer Gefangenschaft gestorben.

Kollege **Rudolf Jentsch**, Steindrucker, zuletzt in Leipzig, geb. am 29. April 1897 in Meerane i. S., Mitglied seit Mai 1915, fiel am 17. Mai.

Kollege **Georg Deutschenbaur**, Steindrucker, zuletzt in München, geb. am 15. Juli 1876 in Neu-Ulm, Mitglied seit Januar 1893, starb im August an den Folgen einer schweren Darmerkrankung und Lungenentzündung in einem Lazarett in Rußland.

Kollege **Eugen Kreuzer**, Steindrucker aus München, geb. am 19. August 1891, Mitglied seit März 1910, ist am 11. August durch Kopfschuß gefallen.

Kollege **Georg Lubig**, Chemigraph aus Berlin, geb. am 20. April 1898, Mitglied seit Oktober 1916 (vorher in der Lehrabteilung seit 1915) starb am 21. August durch Lungenschuß.

Tote:

Kollege **Hermann Eilz**, Steindrucker aus Leipzig, geb. am 31. Oktober 1883, Mitglied seit 1902, ist am 23. August in französischer Gefangenschaft gestorben.

Kollege **Willi Noack**, Lithograph aus Brandenburg, geb. am 7. Juli 1894, Mitglied seit März 1913 (vorher in der Lehrabteilung seit 1909) fiel am 26. August durch Artilleriegeschöß.

Kollege **Georg Fürsattel**, Steindrucker, zuletzt in Augsburg, geb. am 2. November 1878 in Laufamholz bei Nürnberg, Mitglied seit September 1896, starb am 28. August in Erfurt an ruhrähnlich. Dickdarm-Katarrh, Nierenentzündung und Herzschwäche.

Kollege **Albert Lehmann**, Steindrucker, zuletzt in Leipzig, geb. am 2. Mai 1896 in Zwickau, Mitglied seit März 1914 (vorher in der Lehrabteilung seit April 1910), fand seinen Tod im September.

Kollege **Karl Dorias**, Steindrucker aus Crimmitschau, geb. am 1. April 1885, Mitglied seit 1904, starb im September infolge erlittener schwerer Verwundung in einem Feldlazarett.

Kollege **Richard Morche**, Chemigraph aus Leipzig, geb. am 28. Mai 1886, Mitglied seit März 1904, ist im September in einem Lazarett gestorben.

Kollege **Eduard Pohl**, Steindrucker, zuletzt in Detmold, geb. am 5. Januar 1874 in Warnsdorf i. Böhmen, Mitglied seit Oktober 1892, fand seinen Tod am 19. September.

Kollege **Karl Sebesse**, Steindrucker aus Hannover, geb. am 20. Juli 1895, Mitglied seit April 1913 (vorher in der Lehrabteilung seit 1911), fiel am 20. September.

Kollege **August Schunder**, Steindrucker aus Nürnberg, geb. am 26. August 1896, Mitglied seit August 1914 (vorher in der Lehrabteilung seit Januar 1911), ist am 21. September gefallen.

Tote:

Kollege **Georg Sinkofer**, Chemigraph, zuletzt in München, geb. am 12. November 1884 in Passau, Mitglied seit März 1903, starb am 22. September infolge schwerer Verwundung.

Kollege **Artur Graupe**, Steindrucker aus Dresden, geb. am 6. September 1876, Mitglied seit 8. Mai 1895, ist am 23. September in einem Feldlazarett an der Ruhr gestorben.

Kollege **Ernst Räubert**, Steindrucker aus Berlin, geb. am 29. März 1898, Mitglied seit 1916, fiel am 5. Oktober durch Bauchschuß.

Kollege **Adolf Siedler**, Steindrucker aus Würzburg, geb. am 3. Februar 1891, Mitglied seit 1908, war seit September 1916 als vermißt gemeldet und wurde jetzt für tot erklärt.

Kollege **Robert Lütge**, Steindrucker aus Braunschweig, geb. am 22. Juni 1879, Mitglied seit Oktober 1897, fand seinen Tod am 10. Oktober.

Kollege **Paul Hinder**, Lithograph aus Detmold, geb. am 1. September 1899 (Mitglied der Lehrabteilung seit 1915), ist am 11. Oktober in einem Lazarett an Gehirnentzündung gestorben.

Kollege **Adolf Iden**, Chemigraph aus Berlin, geb. am 14. November 1898 (Mitglied der Lehrabteilung seit August 1913), ist am 15. Oktober in einem Feldlazarett an schwerer Lungenentzündung gestorben.

Kollege **Kurt Aey**, Chemigraph aus Leipzig, geb. am 18. Oktober 1892, Mitglied seit April 1911 (vorher in der Lehrabteilung seit 1908), ist am 18. Oktober gefallen.

Ehre ihrem Andenken!

Wir suchen zum sofortigen Eintritt

2 tüchtige Farbätzer.

Angebote mit Lohnansprüchen und Zeugnisabschriften sind zu richten an
A. Gässler & Co., München, Schellingstraße 41.

Kleine Lithogr.-Handpresse

gut erhalten, mit Stein 34x45 cm, zu verkaufen. Angebote unter G. G. 60 an die Expedition erbeten.

Graphische Fachklassen

Entwurf und Werkstatt-Ausbildung
Auskünfte durch die
Kunstgewerbeschule **Barmen**

Bei dem jetzigen mangelhaften Firnis u.
Ersatz setzt man der Farbe mit Erfolg

„Matt-Lack“ zu. Kilo 7,50
Mk.

Friedens-Zusammenstellung.

F. Hantke, Hamburg 22, Heinskamp 6.

„Radium-Reiber“

Deutsches Reichspatent No. 269 755
zum Wiederherstellen von Lithographien
und Umdrucken, gleichwie auf welche
Art dieselben gelitten. Stets hilft ein
überstreichen m. d. „Radium-Reiber“,
welder für ca. 200 Fälle genügt. Ent-
säuren, Nachmachen usw. fällt gänzlich
weg. — Preis per Stück 15,— Mk. —